

Magdeburg, 20. Juni 2002

**Regierungserklärung
von Ministerpräsident
Prof. Dr. Wolfgang Böhmer
am 20. Juni 2002 im Landtag**

**„Sachsen-Anhalt im Aufbruch – ein
traditionsreiches Land mit Zukunft“**

- [Sachsen-Anhalt im Aufbruch - ein traditionsreiches Land mit Zukunft](#)
- [Finanzpolitische Haushaltssanierung](#)
- [Demografischen Entwicklungen gegensteuern](#)
- [Wirtschaftsregion aufbauen](#)
- [Verkehrswege ausbauen](#)
- [Mentaler Wandel zur öffentlichen Förderpolitik](#)
- [Leistungsorientierte Bildungspolitik](#)
- [Familienbegriff erneuern](#)
- [Kulturellen Reichtum bewahren](#)
- [Verwaltungsstrukturen erneuern](#)
- [Arbeitsbedingungen für die Justiz verbessern](#)
- [Verbraucherschutz verbessern](#)
- [Soziale Sicherheit reformieren und bewahren](#)
- [Den mitteldeutschen Wirtschaftsraum gemeinsam gestalten](#)
- [Zukunftschancen ergreifen](#)

Sachsen-Anhalt im Aufbruch - ein traditionsreiches Land mit Zukunft

Herr Präsident,
meine Damen und Herren,

nachdem bei der Landtagswahl am 21. April dieses Jahres die Wählerinnen und Wähler Sachsen-Anhalts mit deutlicher Mehrheit für einen Politikwechsel in unserem Land gestimmt hatten, haben Sie mich am 16. Mai zum Ministerpräsidenten gewählt und mit der Bildung einer neuen Landesregierung beauftragt. Dies ist geschehen.

Ich habe heute die Ehre, Ihnen die grundsätzlichen Handlungsziele dieser Regierung vorzutragen und unsere Vorstellungen darüber, wie wir diese erreichen wollen. Dabei werde ich Ihnen eine nüchterne, illusionslose, aber dafür ehrliche Beschreibung unserer tatsächlichen Situation nicht ersparen können.

Weit über 80 % der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes betrachten die hohe Arbeitslosigkeit als unser allergrößtes Problem. Seit Sommer 1994 sind wir das Bundesland mit der höchsten Arbeitslosigkeit, die immer noch saisonal schwankend um die 20 % liegt. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Erwerbsverhältnisse ist in Sachsen-Anhalt trotz zwischenzeitlicher Einbeziehung der so genannten 630-DM-Arbeitsverhältnisse von 1995 bis 2001 um über 100.000 gesunken.

Alle bisherigen Landesregierungen hatten das sicher ehrlich gemeinte Ziel, die Arbeitslosigkeit in unserem Land zu senken. Wir auch. Auch wir bekennen uns zu diesem unserem vordringlichsten Ziel, den Menschen in unserem Land wieder Chancen zu schaffen - Chancen, durch eigene Arbeit die Gestaltung ihres Lebens in die eigenen Hände nehmen zu können. Dabei werden wir die Erfahrungen der letzten Jahre nutzen und diejenigen Wege nicht noch einmal gehen, die sich bisher als erfolglos erwiesen haben.

Bevor ich anfang, diese heutige Erklärung vor Ihnen zu strukturieren, habe ich mir noch einmal die Regierungserklärung meines Amtsvorgängers aus dem Jahr 1994 durchgelesen, die er vor den Abgeordneten der 2. Legislaturperiode abgegeben hatte. Wenn nur die Hälfte der damals schon formulierten Ziele erreicht worden wäre, stünden wir heute in Sachsen-Anhalt wesentlich besser da. Die grundsätzlichen Ziele waren damals schon richtig und gelten heute noch. Wir wissen inzwischen, wie wir sie nicht erreichen und sind darauf angewiesen, neue Wege zu gehen. Danach werden wir gemeinsam suchen, und darüber sollten wir uns auch im guten Sinne streiten dürfen.

Ich meinerseits will mich aller Wunschvorstellungen enthalten und mich darauf beschränken nach solchen neuen Wegen zu suchen, um aus der gegenwärtigen Situation heraus die unmittelbare Zukunft der nächsten Jahre zu gestalten.

Finanzpolitische Haushaltssanierung

Um überhaupt wieder handlungs- und gestaltungsfähig zu werden, müssen wir die Finanzen des Landes und den Landeshaushalt sanieren. Das wird eine sehr schwere Aufgabe und ich rechne damit, dass diejenigen uns dafür am lautesten kritisieren werden, denen wir das alles zu verdanken haben. Trotzdem ist dies unsere einzige Chance, wenn das Land handlungsfähig bleiben will. Mit ca. 5.600 Euro pro Einwohner sind wir das neue Bundesland mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung. Insgesamt beträgt die Schuldenlast etwa das Doppelte eines Jahresetats. Gegenwärtig müssen wir täglich ca. 2 Millionen € nur für Zinsen ausgeben. Wir hatten auch bei der letzten Regionalisierung der Steuerausfälle das größte Defizit zu verkraften. Zeitgleich mit dem Entwurf eines Nachtragshaushaltes informieren wir das Hohe Haus mit einer eigenen Drucksache über die Ergebnisse der 119. Steuerschätzung für unser Land und die gegenwärtige Haushaltssituation. Der bisherige Haushaltsvollzug hat unsere schlimmsten Befürchtungen aus der Haushaltsdebatte im Dezember vorigen Jahres übertroffen. Um den Haushalt überhaupt bündig zu bekommen, wurden offensichtlich vorsätzlich und ohne Rücksicht auf die Ist-Ergebnisse des Vorjahres Einnahmen zu hoch und Ausgaben zu niedrig kalkuliert. Für die kreditfinanzierten Defizite des Vorjahres müssen wir Zinsen zahlen, ohne dass diese bisher etatisiert wurden. Um eine klare Übernahmebilanz zu schaffen, werden alle nicht durch Ausgabenverzicht ausgleichbaren Defizite in den Haushalt eingestellt. Die zwanglose Konsequenz ist eine nicht mehr vermeidbare aber dafür ehrliche Kreditaufnahme oberhalb der Verfassungsgrenze. Das tatsächlich geringe Wirtschaftswachstum und die hohe Arbeitslosigkeit einerseits, die unerwarteten Steuermindereinnahmen und die bisher nicht etatisierten aber tatsächlich bereits vorhandenen Schulden andererseits bedeuten eine solche erhebliche Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts, dass dieser einmalige Schritt notwendig und begründet ist. Sollte jemand trotzdem darin Grund zur Klage bei einem Verfassungsgericht sehen, empfehle ich, sich erst darüber Klarheit zu verschaffen, wem wir diese Entwicklung zu verdanken haben.

Für uns bedeutet das für diese Legislaturperiode:

- An einem konsequenten Sparkurs führt kein Weg vorbei. Für unvermeidbare und sicher auch schmerzhaft Einsparungen werden wir mit viel Kritik rechnen müssen. An einer Verminderung der Zahl der Landesbediensteten kommen wir ebenfalls nicht vorbei. Eine Verwaltungsreform, die nicht auch zu einer Verminderung der Personalstärke führt, wäre schlechter als keine. Notwendige Tarifierhebungen, auf die wir aus anderen Gründen auch nicht verzichten können, müssen mit einer Personalreduzierung verbunden werden. Wir werden Konsequenzen und Entscheidungen treffen müssen, die weder uns gefallen noch anderen. Wenn es darum geht, dieses Land zu sanieren, werden wir sie durchtragen müssen. Wir werden jedes Leistungsgesetz unseres Landes daraufhin prüfen müssen, ob wir uns das noch leisten können. Das Ergebnis muss ein Gesetz zur Haushaltssanierung sein.
- Niemand nutzt uns, der zur Lösung seiner Probleme mehr Geld haben will. Jeder aber hilft uns, der uns aufzeigt, wie man mit weniger Geld vielleicht

doch mehr bewegen kann. Wenn wir Zuwendungen reduzieren müssen, müssen wir den Betroffenen einen größeren eigenen Entscheidungsfreiraum zubilligen. Wir geben sehr viel Geld aus, weil wir uns notorisch misstrauen und ein nur auf Misstrauen aufgebautes Zuwendungsrecht haben. Dass es auch tatsächlich Veruntreuung gegeben hat wissen wir alle. Sie sind aber eher selten und müssen natürlich geahndet werden. Jede Abweichung vom kleinlich detailliert beschriebenen Verwendungszweck ist aber dann kein Missbrauch, wenn infolge der Finanznot zur Erreichung des Zieles vom Empfänger andere Prioritäten gesetzt wurden. Wir werden deshalb zusammen mit dem Landesrechnungshof eine deutliche Vereinfachung des Zuwendungsrechtes anstreben. Dabei wollen wir uns an der Erreichung des gemeinsamen Zieles orientieren, für das die Mittel ausgereicht werden, und dem Empfänger mehr Eigenverantwortung zutrauen.

- Förderpolitik außerhalb der Finanzierung staatlicher Leistungen soll in allen Bereichen - im Sozialbereich, im kulturellen Bereich und natürlich auch in der Wirtschaft - immer nur Hilfe zur Selbsthilfe sein. Wenn sich eigene Leistung nicht lohnt, verführt jede Förderhilfe zum Anspruch auf Dauersubvention. Damit werden wir unsere Probleme nicht lösen. Auch bei der Fehlbedarfsfinanzierung darf eigene Tüchtigkeit nicht durch sofortiges Gegenrechnen bestraft werden. Sie muss aber im nächsten Jahr einen geringeren Zuwendungsbedarf begründen. Nur dadurch fördern wir eigene Leistungsbereitschaft und nicht verfestigtes Anspruchsdenken. Dass Not der beste Lehrmeister ist, gilt auch für uns.

Nur wenn wir eisern sparen und die Landesfinanzen sanieren, werden wir überhaupt handlungsfähig bleiben. Das wenige verfügbare Geld muss als Anreiz für eigene Leistungsfähigkeit eingesetzt werden, wenn wir trotzdem gestalten wollen. Dazu sind Kreativität und Innovation auch von uns gefordert. Wir wollen uns dieser Aufgabe stellen und werden dem Gesetzgeber dazu Vorschläge unterbreiten.

Demografischen Entwicklungen gegensteuern

Ein zweites, für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes ebenso gravierendes Problem, ist der chronische Bevölkerungsschwund. Wir haben ein reproduktives Defizit und eine negative Wanderungsbilanz. Da während der letzten Jahre ca. 60 % der Fortziehenden junge Frauen im Alter von 18-25 Jahren waren, vergrößert sich das reproduktive Defizit immer noch mehr. Seit 1999 besteht wieder ein sprunghaft beschleunigter Abwanderungstrend. Das korreliert insofern mit der wirtschaftlichen Entwicklung, als genau seit dieser Zeit das Wirtschaftswachstum der neuen Bundesländer wieder hinter dem in den alten Bundesländern hinterher hinkt. Diese Entwicklung belastet alle neuen Bundesländer, traf uns aber am stärksten. Zwischen 1995 und 1999 waren bei uns die Bevölkerungsverluste am größten und sie sind es immer noch. Nach einem Bericht von Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Union, ist Sachsen-Anhalt diejenige Region in Europa mit dem stärksten Bevölkerungsrückgang in Europa. Die Zahl der Einwohner unseres Lands sinkt täglich um etwa 85 Personen. Die Bilanzzahlen kennen Sie aus den

statistischen Berichten. Das hat auch negative Auswirkungen auf die Steuerverteilung im innerdeutschen Finanzausgleich und zur Folge, dass Steuerausfälle bei uns fast immer höher ausfallen als in anderen neuen Bundesländern. Außerdem führt diese Entwicklung zu einer demografischen Entschichtung mit einem überproportionalen relativen Anstieg der Jahrgänge im nicht mehr arbeitsfähigen Alter. Für die an Ländergrenzen orientierten Sozialkassen hat diese Entwicklung katastrophale Folgen.

Mit allen uns möglichen Mitteln muss dieser Entwicklung gegengesteuert werden. Die jungen Menschen werden uns dann nicht mehr davonlaufen, wenn wir ihnen hier bei uns Entwicklungschancen und einen Arbeitsplatz anbieten. Dazu gehört auch gleicher Lohn für gleiche Arbeit, wenigstens in einem überschaubaren Zeitraum. Dabei beklagen wir nicht die Mobilität der jungen Leute in einer gewollt weltoffenen Gesellschaft, sondern nur die Tatsache, dass uns täglich deutlich mehr verlassen als zu uns kommen, also die negative Wanderungsbilanz. Wir haben hervorragende Hochschulen. Nicht wenige unserer Professoren sind stolz darauf, dass ihre Studenten schon vor dem letzten Examen einen Arbeitsplatz haben - allerdings nicht bei uns sondern in einem der alten Bundesländer. Für uns bedeutet das, dass wir mit hohen finanziellen Mitteln die Studenten ausbilden, diese dann aber ihre Lohnsteuer in einem alten Bundesland entrichten. Dies ist eine Aufbauhilfe für die alten Bundesländer, die wir uns auf die Dauer einfach nicht leisten können. Dieses Problem können wir nur dadurch korrigieren, dass wir den Absolventen unserer Hochschulen auch möglichst bei uns Arbeitsplätze anbieten. Das wiederum bedeutet in der wirtschaftlichen Entwicklung die Prioritäten für die nächsten Jahre zu setzen.

Parallel dazu müssen wir über neue Wege der Familienpolitik nachdenken, die es jungen Frauen besser als bisher ermöglicht, ihre persönliche berufliche Entwicklung mit der Bildung einer Familie zu vereinbaren. Nach unserer Rechtsordnung ist dies ein bundespolitisches Problem. Wir haben gute Erfahrungen aus unserer eigenen Vergangenheit, die wir in eine zukünftige Familienpolitik in Deutschland einbringen werden.

Wirtschaftsregion aufbauen

Große Teile Sachsen-Anhalts waren früher einmal ein Teil des mitteldeutschen Wirtschaftsraumes. In der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts war dies die modernste und leistungsfähigste Wirtschaftsregion des damaligen Deutschen Reiches. Wir können auf bedeutende Traditionen und Innovationen in der jüngeren Wirtschaftsgeschichte verweisen:

- das erste Ganzmetallflugzeug wurde in den Junkers-Werken in Dessau gebaut
- Magdeburg war ein Zentrum innovativen Maschinenbaus seit dem 19. Jahrhundert
- der erste Farbfilm wurde bei Agfa in Wolfen entwickelt
- die erste industrielle Produktion von synthetischem Kautschuk wurde von den Buna-Werken in Leuna aufgebaut

- die erste industrielle Produktion von Stickstoffdünger hatten die Bayerischen Stickstoffwerke in Piesteritz errichtet.

Es waren diese technologischen und industriellen Innovationen, durch die wir in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts zu einem bedeutenden Wirtschaftsraum wurden. Nur mit neuen Innovationen werden wir eine ähnliche Entwicklung wiederholen können. Wenn wir nur nachmachen was andere auch schon tun, werden wir keine neuen Märkte erschließen und in einer Überflussgesellschaft keine Chancen haben.

Die gegenwärtige Wirtschaftslage in Sachsen-Anhalt ist eher deprimierend. Es ist richtig, dass wir die höchste Summe an ausländischen Direktinvestitionen aller neuen Bundesländer haben. Trotzdem sind wir seit 1994 dasjenige Bundesland mit dem niedrigsten erwirtschafteten Bruttoinlandsprodukt je Einwohner. Es ist zwar in den letzten Jahren leicht angestiegen, liegt aber immer noch bei etwa der Hälfte des Landes Hessen und unterhalb der anderen neuen Bundesländer.

Seit Mitte der 90er Jahre haben wir die niedrigste Selbständigenquote aller neuen Bundesländer. Wir sind das einzige Bundesland, in dem seit 1999 regelmäßig die Salden der Gewerbeanmeldungen und -abmeldungen negativ sind. In 2001 hatten wir 770 Gewerbeabmeldungen mehr als Anmeldungen. Seit 1997 haben wir noch immer die niedrigste Exportquote aller neuen Bundesländer.

Die Konjunkturberichte der IHK Halle-Dessau und der IHK Magdeburg für das Frühjahr 2002 berichten von einem absoluten Tiefpunkt des Geschäftsklimas über alle Branchen hinweg. Es wird von den schlechtesten Indexwerten seit 1992 berichtet. Die Auftragslage und der Arbeitskräftebedarf sei per Saldo unverändert rückläufig, wenn auch in den einzelnen Branchen unterschiedlich. Wen wundert es da noch, dass wir mit 397,7 Erwerbstätigen je 1.000 Einwohner die niedrigste Erwerbsdichte aller deutschen Bundesländer haben.

Das ist die gegenwärtige Lage, aus der wir heraus wollen. Wir sind auch dasjenige neue Bundesland mit der niedrigsten Investitionsquote im Landeshaushalt. Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung muss diese wieder höher werden. Allein dadurch werden wir die Auftragslage im Land kaum wesentlich verbessern. Den Kommunen im Lande geht es nicht besser.

Natürlich werden auch wir um jeden potentiellen Investor werben der auch nur die Absicht erkennen lässt, bei uns eventuell investieren zu wollen. Dafür werden wir mehr tun, als hier vorgestellt wird. Damit allein werden wir unsere Probleme nicht lösen.

Wir müssen denen helfen und Schwierigkeiten jenen aus dem Wege räumen, die zum eigenen Vorteil aber zu unser aller Nutzen bei uns investieren und Arbeitsplätze schaffen wollen. Das werden wir mit einem ersten Investitionserleichterungsgesetz beginnen. Das von der Absicht her gut gemeinte Vergabegesetz hat sich schon jetzt als Investitionsbremse erwiesen und sollte abgeschafft werden. In anderen gesetzlichen Vorschriften müssen wir die Entscheidungsgänge erleichtern. Wirtschaftsförderung durch

Subventionswettbewerb macht keinen Sinn. Wir wären die ersten, die dabei verlieren. Wirtschaftsförderung durch Genehmigungswettbewerb ist unsere einzige Chance. Wir werden der Bundesratsinitiative Sachsens und Thüringens nach einem Förderungssicherungsgesetz beitreten und die Vorschläge der Vorgängerregierung dabei ebenfalls prüfen. Es macht auch keinen Sinn, den eigenen Zuständigkeitsbereich als eigenständigen Wirtschaftsraum zu begreifen. Um größere Investitionen wollen wir uns mit dem einen oder anderen Nachbarland gemeinsam bewerben. Dazu gehört die gemeinsame Bewerbung mit Sachsen als Standort für die Europäische Spallation Neutronenquelle im Raum Halle-Leipzig. Gemeinsam mit Sachsen und Thüringen wollen wir den mitteldeutschen Wirtschaftsraum wieder entwickeln und zu einem Markenbegriff machen. Die wirtschaftliche Entwicklung innerhalb der Europäischen Union organisiert sich nach Regionen. Da müssen wir dabei sein. Aus unserer Tradition heraus und von unserer geografischen Lage her haben wir gute Chancen. Wir sind entschlossen, sie zu nutzen.

Mit der Einbindung der Arbeitsmarktpolitik in das Wirtschaftsministerium werden wir die Umsetzung arbeitsmarktpolitischer Instrumente zur Wirtschaftsförderung einerseits verbessern und andererseits bezeugen, dass die Wirtschaftspolitik dem gesellschaftlichen Ziel dienen soll, möglichst allen einen Arbeitsplatz zu ermöglichen.

Verkehrswege ausbauen

Die zentrale Lage Sachsen-Anhalts hat zur Folge, dass viele Bundesstraßen, Wasserwege und Bundesbahnlinien unser Land durchqueren. In diesem Bereich ist während der letzten Jahre sehr viel investiert worden. Nicht wir als Land haben die meisten Straßen gebaut, sondern der Bund bei uns. Dafür sind wir dankbar.

Die verkehrsmäßige Erschließung muss weiter gehen. Für die Verlängerung der A14 werden jetzt endlich alle notwendigen Entscheidungen abgestimmt und getroffen. Da der Bund finanziert, wird er auch über den Baubeginn entscheiden, der so schnell als möglich beginnen sollte. Zur Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes hat Sachsen-Anhalt 125 Projekte angemeldet.

Beim Ausbau der Landesstraßen stoßen wir an unsere finanziellen Grenzen. Trotzdem bleiben wir auch weiter in der Pflicht jährlich etwas zu tun. Das zuständige Ministerium bereitet ein Landesverkehrskonzept vor, mit dem dann auch Prioritäten gesetzt werden müssen.

Der Ausbau der Wasserstraßen Elbe und Saale wird umweltverträglich fortgeführt. Dies ist unverzichtbar für die Erschließung des Landes als Wirtschaftsstandort.

Besondere Aufmerksamkeit beansprucht der schienengebundene Verkehr. Wir sind uns mit dem Vorstand der Bahn AG einig, dass seit Anfang dieses Jahres ein vertragsloser Zustand besteht. Beide Seiten sind an einem baldigen Abschluss eines Verkehrsvertrages interessiert. Dabei haben wir im Interesse des Landes besondere Forderungen zu berücksichtigen. Die einzelnen Streckenbereiche innerhalb des Landes sind betriebswirtschaftlich

unterschiedlich rentabel. Einige davon sind ausgesprochen unrentable Zuschussstrecken, auf die wir im Interesse einer ausgewogenen Entwicklung des gesamten Landes nicht verzichten wollen. Sie sind einem Betreiber nur zuzumuten, wenn er sie in einem Verbund mit profitablen Strecken übernimmt, damit es zu einem Defizitenausgleich kommen kann. Ein Herauslösen einzelner Verkehrsbereiche kann also nur insoweit infrage kommen, als dadurch andere Regionen des Landes nicht benachteiligt werden. Wir wissen außerdem, dass noch erhebliche Sanierungsinvestitionen im Bahnbereich notwendig sind. Kein Vertragspartner wird dazu bereit sein, wenn diese Investitionen nicht durch langfristige Verträge rentabel werden. Unabhängig von juristischen Vorgaben und Vergabevorschriften müssen wir dieses Eigeninteresse unseres Landes bei den Entscheidungen berücksichtigen. Das günstigste Angebot muss dann nicht das eventuell billigste für einen Teilbereich sein, sondern jenes, das Landesinteressen berücksichtigt.

Wir werden noch in diesem Jahr ein überarbeitetes Luftverkehrskonzept vorlegen. Die Landesregierung wird alles unternehmen, damit die bereits in Cochstedt investierten Gelder rentierlich angelegt sind. Die Entwicklung anderer Flugplätze innerhalb der Wirtschaftsregion muss eingeplant werden, wenn wir unrentable Investitionen vermeiden wollen.

Eine solche Situation haben wir im Bereich der Wohnungswirtschaft. Bei rund 200.000 leerstehenden Wohnungen – von denen die meisten früher ganz oder teilweise mit öffentlichen Mitteln gebaut wurden – werden jetzt im Rahmen eines Programms Stadtbau Ost erneut öffentliche Mittel für Abrissprogramme gefordert. Die Landesregierung muss sich diesen Problemen stellen. Dazu müssen Konzepte für eine nachhaltige und wirtschaftlich sinnvolle Entwicklung erarbeitet werden.

Mentaler Wandel zur öffentlichen Förderpolitik

Wir sind dankbar dafür, dass seit der Wiedervereinigung Deutschlands der notwendige wirtschaftliche Transformationsprozess durch eine in der deutschen Geschichte einmalige Solidarleistung unterstützt und gefördert wurde. Immer mehr müssen wir aber die Lösung unserer Probleme in die eigenen Hände nehmen.

Wenn wir die Probleme der Zukunft lösen wollen, brauchen wir deshalb auch eine andere mentale Haltung zu einer Leistungsgesellschaft. Das trifft wenigstens auf jene unserer Bürgerinnen und Bürger zu, die durch die Staatsdoktrin unserer Vergangenheit geprägt wurden. Um sie wird jetzt von fast allen Parteien mit dem Zielbegriff soziale Gerechtigkeit geworben. Alle reden davon - doch niemand hat bisher definieren können, was damit gemeint ist. Wenn damit Gerechtigkeit im sozialen Zusammenleben gemeint ist, kann dies nur Chancengleichheit bedeuten. Genau darum bemühen wir uns, wenn wir für jeden einen Arbeitsplatz anbieten wollen. Viel häufiger wird damit Verteilungsgerechtigkeit gemeint, weil wir nicht bereit sind, unsere Ungleichheit zu akzeptieren oder anzunehmen. Dabei ist es doch unsere Ungleichheit, die erst unterschiedliche Lebensentwürfe und unterschiedliche Leistungsergebnisse möglich macht. Staatliche Aufgabe muss es sein, mit

unterschiedlichen Angeboten die unterschiedlichen Talente und Fähigkeiten zu fördern und zu entwickeln und jedem nicht nur irgendeine, sondern eine ihm gemäße Chance zu bieten. Die immer kompliziertere technologische Entwicklung verlangt immer höher qualifizierte Arbeitnehmer. Wir sind auch denen eine Chance schuldig, die dazu nicht in der Lage sind. Wenn diese weniger qualifizierten Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich entstehen sollen, brauchen wir andere Menschen, die solche Dienstleistungen einkaufen wollen und können. Soziale Gerechtigkeit erreichen wir also nicht durch weniger sondern nur durch mehr Differenzierung unter uns. Das bedeutet eine konsequente Umsetzung des Leistungsprinzips. Ein Staat schuldet seinen Bürgern nicht die Erfüllung ihrer Wünsche. Aber er sollte ihnen die Möglichkeiten schulden, sich durch eigene Leistung möglichst viele ihrer Wünsche selbst zu erfüllen. Fördermittel sollen in allen Bereichen nur noch Hilfe zur Selbsthilfe sein, sonst führen sie zur Sucht nach Dauersubventionierung.

Wir werden nicht umhin kommen, in Leistungsgesetze einzugreifen. Diejenigen, die die Finanzmisere verschuldet und uns letztlich dazu gezwungen haben, werden die ersten sein, die von einer neuen Klassengesellschaft reden und nach angeblich mehr sozialer Gerechtigkeit rufen. Nicht durch immer neue Umverteilungsförderungen, sondern nur durch konsequent geförderte Leistungsbereitschaft werden wir den Wettbewerb mit anderen bestehen. Daran muss sich unsere Politik auch in allen anderen Bereichen orientieren.

Leistungsorientierte Bildungspolitik

Das trifft besonders deutlich zu auf die Bildungspolitik. Absolut einmalig im deutschen Schulwesen dürfte sein, dass eine Landesregierung durch Tarifvertrag bei den eigenen Lehrern mit über 300 Mio. € einen nicht im Haushalt ausgewiesenen Kredit aufgenommen hat. Notwendige Personalentwicklungsmaßnahmen werden dadurch erschwert. Die Sinnhaftigkeit eines 13. Schuljahres bis zum Abitur wird inzwischen auch von denjenigen bezweifelt, die das vor wenigen Jahren eingeführt haben. Die Landesregierung wird in den nächsten Wochen ein Konzept vorlegen, wie ohne Nachteile für die betroffenen Jahrgänge die Ausbildungsdauer zum Abitur wieder auf 12 Jahre verkürzt werden kann.

Wir geben viel Geld aus für die Schulbildung, mehr als unsere Nachbarländer. Sowohl in den Haupt- und Realschulen als auch in den Gymnasien sind die durchschnittlichen Schülerzahlen je Klasse in Sachsen-Anhalt bei einem Ländervergleich die niedrigsten. Wenn überhaupt zwischen Klassenstärke und Leistungsergebnis ein Zusammenhang bestünde, müssten wir die besten sein. Die Regionalisierung der Ergebnisse der sogenannten PISA-Studie beweist das Gegenteil. Mit durchschnittlich 8.930 Unterrichtsstunden von Klasse 1-9 liegen wir deutlich niedriger als die meisten anderen Bundesländer.

Innere Reformen an allen Schulformen sind notwendig. Erreicht werden soll:

- eine Betonung der expliziten Lernfunktion aller Schulen mit einem Bekenntnis zur Erziehung
- ein eigenes Profil für die Sekundarschule und

- eine Umgestaltung der gymnasialen Oberstufe mit Kernfächern im Klassenverband.

Wir werden uns an der Entwicklung von Bildungsstandards beteiligen, die zwischen den Bundesländern abgestimmt werden müssen.

Während der letzten gemeinsamen Sitzung aller Ministerpräsidenten mit dem Bundeskanzler wurde einstimmig beschlossen, in Deutschland eine Wertedebatte zu führen mit dem Ziel, Kindern und Jugendlichen während ihrer Erziehung und Ausbildung in Familie und Schule ein stabiles und tragfähiges Wertefundament zu vermitteln. Daran werden wir uns aktiv beteiligen. In den letzten Jahrzehnten ist vieles verloren gegangen oder in Zweifel gezogen worden, was seit alttestamentarischen Zeiten der Wertekanon jeder Zivilisation war.

Familienbegriff erneuern

Familie besteht, wo Verantwortung für Kinder gelebt wird. Wir werden uns auch an neue Strukturen gewöhnen müssen. Sie müssen vereinbar sein mit Berufstätigkeit und eigener Persönlichkeitsentwicklung auch der Mütter. Darüber waren wir uns in diesem Teil Deutschlands schon einmal einig. Nichts diffamiert die Erziehungsleistung mehr als Kinder und Kochtopf in einem Atemzug zu nennen und den Vorwand zu unterstellen, Frauen nur in die Küche verbannen zu wollen. Die rechtliche Gleichstellung von Frauen ist selbstverständlich. Dafür brauchen wir keine Beauftragte mehr. Wir werden aber eine eigene Projektgruppe einrichten mit der Aufgabe, in allen Bereichen die Folgen natürlicher Ungleichheit auszugleichen, die Leistungen für Familie und Erziehung aufzuwerten und nach neuen Lösungen dafür zu suchen, dass junge Frauen Mutterschaft und Berufstätigkeit besser als bisher vereinbaren können. Weil ich mich dafür aus vielen persönlichen Gründen auch engagieren möchte, soll diese Projektgruppe in der Staatskanzlei eingerichtet werden.

Kulturellen Reichtum bewahren

In Anbetracht der gegenwärtigen und auch zukünftig vorhersehbaren Finanzsituation werden größte Anstrengungen notwendig sein, wenigstens den gegenwärtigen Stand der Zuwendungsfinanzierung aufrecht zu erhalten. Unsere Hochschulen brauchen einen größeren Grad an Autonomie, um über die knappen Mittel eigenverantwortlich freier entscheiden zu können. Sie müssen das Recht bekommen, sich selbst Geld verdienen zu können und damit selbst gestalten zu dürfen. Die Studiengeldfreiheit für berufsbildende Studiengänge in der Regelstudienzeit steht nicht zur Disposition. Fort- und Weiterbildungsangebote für Dritte oder unverhältnismäßige viele Zusatzsemester zur Selbstfindung müssen nicht vom Steuerzahler finanziert werden. Die Abstimmung der Hochschulen untereinander und die Vernetzung mit den außeruniversitären wissenschaftlichen Einrichtungen nutzt diesen und kann helfen, mit knappen finanziellen Ressourcen auszukommen.

Das gilt auch für die Finanzierung der Stiftungen, der großen Zahl an Denkmälern, Musikschulen, Orchestern, Museen und allen kulturellen Institutionen, deren Lebensfähigkeit von der institutionellen Förderung

abhängt. Eine Überlebensgarantie für alle und alles kann es nicht geben. Wo Parallel- oder Doppelentwicklungen weiter gefördert werden sollen, muss es Strukturentscheidungen geben. Darüber kann aber immer nur im Einzelfall und nach Anhörung der Betroffenen entschieden werden. Dabei wird die besten Chancen haben wer nachweist, dass er finanzielle Hilfe nur vorübergehend braucht, um davon unabhängig werden zu können.

Verwaltungsstrukturen erneuern

Über die schon 1993 als notwendig erkannte Reform der Landesverwaltung ist inzwischen in vielen Kommissionen, Gutachten und Arbeitsgruppen gestritten worden. Einiges ist auch versucht worden. Nun muss sie durchgeführt werden.

Wir werden am dreistufigen Aufbau der Landesverwaltung aus Gründen der Kosteneffizienz festhalten. In einem Gesetzentwurf werden wir Ihnen vorschlagen, die drei Regierungspräsidien aufzulösen und durch ein dezentral strukturiertes Landesverwaltungsamt mit Bündelungs- und Koordinierungsfunktion zu ersetzen. Für jede Sonderbehörde muss entschieden werden:

- ob wir sie gemeinsam mit Sachsen und/oder Thüringen betreiben können, deren Bereitschaft zur Zusammenlegung besteht
- ob wir die Aufgabe kommunalen Strukturen übertragen können
- ob sie in das Landesverwaltungsamt integriert werden kann oder
- ob die Eigenständigkeit tatsächlich unverzichtbar ist.

Die modernen Technologien der Vernetzung ermöglichen dezentrale Strukturen, so dass die vorhandenen Gebäude und Investitionen genutzt werden können. Sie ermöglichen auch eine Verbesserung der Verwaltungseffizienz mit Personalabbau. Eine Verwaltungsreform mit Arbeitsplatzgarantie ist nicht möglich. Eine Beschäftigungsgarantie für die Mitarbeiter werden wir soweit als möglich anstreben. Das wird auch Auswirkungen auf die gegenwärtigen kommunalen Gebietsstrukturen haben. Wir werden weiterhin freiwillige Gebietsreformen fördern aber keine gegen den Willen der Betroffenen erzwingen. Wer kommunale Selbstverwaltung akzeptiert, muss den dort Verantwortlichen auch zutrauen, dass sie für sich selbst die beste Lösung finden.

Wir werden nicht behaupten, dass gewählte Abgeordnete im Landtag klüger wären als die in einem Kreistag oder Stadtrat und besser wüssten, was dort entschieden werden muss. Sofern es mitunter nicht nur die gleichen Personen sind und auch der gleiche Handlungszwang besteht, verlassen wir uns auf die kommunale Selbstverwaltung. Die gemeinsamen finanziellen Zwänge werden auch die Kommunen veranlassen, über effizientere Strukturen der Selbstverwaltung nachzudenken. Dafür werden wir Vorschläge machen. Wir werden über die Strukturen der kommunalen Finanzierung neu entscheiden müssen. Ein Finanzausgleichsgesetz, das niemals einhielt was es versprach und mit jedem Haushaltsgesetz angepasst werden musste, ist eher eine Zumutung als eine Hilfe für die Kommunen. Die Orientierung der Festsetzungsbescheide am Haushaltsentwurf und nicht am später beschlossenen Haushaltsplan enthält ein Konfliktpotential, das wir uns gegenseitig ersparen sollten. Auch für unsere

Kommunen muss gelten, dass bei immer knapper werdenden Mitteln der eigene Entscheidungsfreiraum durch den Gesetzgeber erweitert werden muss. Die Landesregierung wird auch dazu Vorschläge unterbreiten.

Dass wir die verantwortungsvolle Arbeit unserer Polizei und alle Maßnahmen zur Verbrechensbekämpfung und dabei auch den Verfassungsschutz immer ausreichend unterstützen werden, ist für uns so selbstverständlich, dass es hier nur sicherheitshalber mit erwähnt wird. Aktionen des internationalen Terrorismus haben auch bei uns die öffentliche Meinungsbildung soweit beeinflusst, dass es Verständnis für die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen gibt.

Arbeitsbedingungen für die Justiz verbessern

Damit verbunden wird die verständliche Forderung, die Bestrafung gefasster Täter zu beschleunigen, damit sie in einem zeitlich erlebbaren Zusammenhang mit der Straftat erfolgt. Dazu müssen wir den Justizbehörden die technischen Voraussetzungen anbieten. Die Ausstattung mit leistungsfähiger Informationstechnik soll nach Maßgabe der Finanzierbarkeit verbessert werden. Die Einführung des Elektronischen Grundbuchs und des Elektronischen Handelsregisters werden zügig abgeschlossen.

Bei der Abwägung prioritärer Entscheidungen soll der Opferschutz Vorrang vor dem Täterschutz haben. Dazu gehört auch die Betonung erzieherischer Funktionen im Jugendstrafrecht. Schwerste Straftaten Jugendlicher müssen zeitnah und konsequent geahndet werden. Erst danach sollen Maßnahmen der sozialen Wiedereingliederung die Entwicklung krimineller Karrieren vermeiden. Gegenwärtig fehlen im Land ca. 800 Haftplätze. Die vom Bundesverfassungsgericht gestellten Anforderungen an eine Unterbringung Inhaftierter gewährleisten wir gegenwärtig nicht. Notwendig wären erhebliche Sanierungsmaßnahmen in den vorhandenen und der Neubau einer weiteren Vollzugsanstalt. Das letztere wird nur mit alternativen Finanzierungsformen möglich sein, die wir prüfen werden.

Die während der letzten Legislaturperiode begonnene Gerichtsstandortreform muss abgeschlossen werden, um den richterlichen Diensten zuverlässige und moderne Arbeitsmöglichkeiten anzubieten. Für den einzelnen Bürger hängt das Vertrauen in den Rechtsstaat auch davon ab, wie lange er in einem Rechtskonflikt auf eine richterliche Entscheidung warten muss.

Verbraucherschutz verbessern

Zum Gefühl rechtsstaatlicher Sicherheit gehört auch das Vertrauen in einen staatlich garantierten Verbraucherschutz. Das gegenwärtig vom Bund vorgelegte Verbraucherinformationsgesetz erfüllt nicht, was der Titel verspricht, und wird deshalb von uns abgelehnt. Wir wollen vielmehr die Transparenz bei der Lebensmittelerzeugung - vom Feld und Stall bis an die Ladentheke. Dazu müssen

- Erzeuger und Verarbeitungsindustrie stärker in die Verantwortung genommen werden

- staatliche Kontrollen wirksam und unabhängig organisiert werden und
- der mündige Verbraucher sachgerechter informiert werden.

Nur dadurch können überschießende wissenschaftlich unbegründete Reaktionen und nahezu hysterische Kommentare vermieden werden.

Wir haben in Sachsen-Anhalt eine gut arbeitende Landwirtschaft mit wettbewerbsfähigen Strukturen. Wir haben nicht nur in der Börde die besten Böden, wir haben landwirtschaftsbezogene Forschungskapazitäten und gesunde Betriebsgrößen. Der zukunftssträchtige Bereich der nachwachsenden Rohstoffe und die Biomassenutzung werden aufgebaut. Wir haben eine ausreichende Umweltgesetzgebung und wollen prüfen, inwieweit öko-auditierte Unternehmen in immissionsschutzrechtlichen Verfahren Erleichterungen erhalten können. Wirtschaftlich orientierte Landwirtschaft und gemeinwohlorientierte Landschaftspflege sind bei uns keine Gegensätze, sondern untereinander abgestimmt. Nur im Bereich der Entschuldung von Abwasserzweckverbänden ist weiterhin Vergangenheitsbewältigung notwendig. Diese explodierten Kosten bedeuten einen erheblichen Standortnachteil für erhoffte Ansiedlung neuer Unternehmen. Wir werden die begonnenen Organisationsuntersuchungen der Abwasserzweckverbände fortsetzen und diejenigen teilschulden, die auf einer soliden rechtlichen und wirtschaftlichen Basis arbeiten. Dabei sind auch alternative Finanzierungsmodelle zu prüfen. Wo in dünn besiedelten Gebieten Kleinkläranlagen wirtschaftlich günstiger sind als unverhältnismäßige Anschlusskosten, sind diese zu genehmigen. Auch bei diesen Problemen muss gelten, dass Hilfen der öffentlichen Hand immer nur Hilfe zur Selbsthilfe sein können.

Soziale Sicherheit reformieren und bewahren

Die Einbeziehung der ehemaligen DDR in den Geltungsbereich der D-Mark war eine Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion. Damit haben wir soziale Leistungsgesetze übernommen, die wir uns auch heute noch nicht durch eigene Wirtschaftskraft leisten könnten. Ein wesentlicher Teil der einigungsbedingten Kosten wurde und wird über die Sozialsysteme finanziert. Diejenigen, denen wir früher unser selbst geschaffenes Elend zu verdanken hatten, waren dann übrigens die ersten, die mit dem zur Kampfpparole missbrauchten Begriff der sozialen Gerechtigkeit nach immer noch mehr Geld von anderen gerufen haben und noch immer rufen. Fast jeder dritte Euro, der in Sachsen-Anhalt von privaten Haushalten oder dem Staat ausgegeben wird, muss durch Transferzahlungen finanziert werden. Das Pro-Kopf-Einkommen lag im Jahr 2001 bei 61,8 % des durchschnittlichen Niveaus der alten Bundesländer, die Arbeitslosigkeit mehr als doppelt so hoch. Auf die Instrumente des zweiten Arbeitsmarktes werden wir noch lange nicht verzichten können. Im Vergleich der neuen Bundesländer haben wir, bezogen auf die Einwohnerzahl, die meisten Sozialhilfeempfänger und die höchsten Sozialhilfeausgaben. Unsere Sozialsysteme sind überstrapaziert und nicht weiter zusätzlich belastbar.

Auf soziale Probleme können wir nicht mehr nur mit sozialpolitischen Maßnahmen reagieren. Mit sozialen Hilfen versuchen wir die Folgen defizitärer Erziehungs- und Bildungspolitik zu mildern und von der Bildungspolitik erwarten wir den Ausgleich einer verfehlten Familienpolitik.

Deshalb sind grundsätzliche Reformen nötig in Deutschland und auch eine andere Politik auf der Bundesebene. Sozialpolitisch können wir nicht mehr, als den vom Bund gesteckten Rahmen ausfüllen und mit einzelnen Projekten im Bereich der Familienpolitik Akzente setzen. Unsere Bürgerinnen und Bürger wollen mehrheitlich auch nicht Objekte staatlicher Fürsorge sein. Sie wollen vielmehr aktiv mitgestalten und unser Land mitaufbauen.

Den mitteldeutschen Wirtschaftsraum gemeinsam gestalten

Unter den Bedingungen zunehmender Globalisierung können wir dabei Sachsen-Anhalt nicht mehr als eigenen Wirtschaftsraum begreifen. Zusammen mit der Landesregierung des Freistaates Sachsen und des Freistaates Thüringen wollen wir unsere drei Länder als mitteldeutschen Wirtschaftsraum gemeinsam entwickeln. Das mussten wir nicht erfinden. Auch dabei können wir uns auf unsere Tradition berufen. Schon 1921 gab es einen "Wirtschaftsverband Mitteldeutschland" mit Sitz in Halle. Der damalige Magdeburger Oberbürgermeister Hermann Beims (SPD) beantragte 1927 im Landtag der Provinz Sachsen die Schaffung eines mitteldeutschen Wirtschaftsraumes. Diese Idee wurde weiter verfolgt vom damaligen Landeshauptmann der preußischen Provinz Sachsen, Erhard Hübener, der 1946 erster Ministerpräsident des neu gegründeten Landes Sachsen-Anhalt wurde. Daran müssen wir wieder anknüpfen, um unter den Bedingungen weltweiter Globalisierung der mitteldeutschen Wirtschaftsregion ein eigenständiges Profil zu entwickeln und den Begriff zum Markenzeichen für wirtschaftliche Prosperität werden zu lassen. Es soll sich herumsprechen in den weltweit agierenden Wirtschaftsgeflechten, dass man hier bei uns dabei sein muss, wenn man in Zukunft mit dabei sein will. Ende August werden wir in Halle zusammen mit den Ministerpräsidenten von Thüringen und Sachsen einen ersten gemeinsamen Wirtschaftskongress für die Region veranstalten und für diese Entwicklung erste Zeichen setzen. In diesem Verband werden wir auch weitere Investitionen für unser Land gewinnen und gemeinsam die Region aufbauen.

Zukunftschancen ergreifen

Darin liegt unsere einzige Chance. Mit dem Solidarpakt II sind die innerdeutschen Finanzhilfen langfristig und endgültig geregelt. Eine Fortsetzung der Politik nach dem Motto: "Uns ist kein Opfer groß genug, das andere für uns bringen" wird es und kann es nicht geben. Jetzt kommt es nur noch auf uns an.

Der Start in die Marktwirtschaft war schwierig. Viele haben uns dabei geholfen. Sie erwarten zu Recht, dass wir deutlich erkennbar bereit sind, uns auch selbst zu helfen. Wir werden entscheiden müssen zwischen mehr Investitionen oder der Fortsetzung von Subvention in gute Absichten und eigentlich selbstverständliche Verhaltensweisen.

Wir werden ein neues Verhältnis zwischen staatlicher Regulierung und mündiger Eigenverantwortung finden müssen. Wir müssen uns selbst in die Pflicht nehmen und anderen Mut machen, dies auch zu tun. Das wird große Anstrengungen abverlangen, nicht nur von den Mitgliedern der Landesregierung, sondern auch von den Abgeordneten des Landtages.

Ich biete allen Fraktionen in diesem Hohen Hause die Zusammenarbeit zum Wohle unseres Landes an, denn es ist

unser gemeinsames Land. Dabei ist es sogar gut, wenn wir nicht immer einer Meinung sein werden. Demokratie lebt von dem Streit um den besten Weg miteinander.

Bei allen Schwierigkeiten die wir nüchtern sehen, sehen wir auch die Chancen. Niemand wird uns unsere Wünsche erfüllen, wenn wir nicht bereit sind, es selbst zu tun. Wer nur von anderen fordert, ohne auch von sich selbst etwas zu fordern, kann uns keine Hilfe sein. Wer aber bereit ist, von sich mehr zu fordern als man anderen zumuten möchte, ist uns willkommen. Es bedarf der Anstrengung aller, wenn wir unsere Probleme lösen wollen.

Viele Frauen und Männer aus unserem Land, viele Verbände, Vereinigungen und Organisationen haben mir in den letzten Wochen und Monaten erklärt, dass sie bereit seien, diesen schwierigen Weg mitzugehen.

Von ihnen wollen wir uns in die Pflicht nehmen lassen.

Wir sind ein Land mit Chancen und mit Menschen, die etwas leisten wollen.

Gemeinsam mit ihnen wollen wir entschlossen unsere Chancen nutzen zum Wohle unseres Landes.